

POLEN

STEPHAN RAABE

18. Juni 2010

www.kas.dewww.kas.de/polen

Polen wählt einen neuen Präsidenten

KOMMT ES ZU EINER ERNEUTEN KOHABITATION ODER ZU EINER GEMEINSAMEN POLITISCHEN FÜHRUNG?

Am Sonntag, den 20. Juni wird in Polen ein neuer Präsident gewählt. Gewinnt dabei keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, dann kommt es zwei Wochen später, am 4. Juli, zur Stichwahl zwischen den beiden führenden Bewerbern.

Eigentlich sollte die Präsidentenwahl turnusgemäß erst im Herbst stattfinden. Der tragische Flugzeugabsturz des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und seiner 95 Begleiter am 10. April in Smolensk machte aber nach den Regeln der Verfassung eine vorgezogene Wahl notwendig. Zehn Personen kandidieren. Als haushohe Favoriten gelten aber **Bronisław Komorowski** (57), der Parlamentspräsident, Übergangspräsident und Kandidat der regierenden PO (Platforma Obywatelska, Bürgerplattform), sowie **Jarosław Kaczyński** (60), der Führer der größten Oppositionspartei, der PiS (Prawo i Sprawiedliwość). Beide Bewerber kommen zwar aus der Solidarność-Bewegung, gehörten aber in den 90er Jahren unterschiedlichen politischen Gruppierungen an. Fast alle Experten rechnen damit, dass am Ende Komorowski gewinnen wird.

„Doppelköpfige Exekutive“

Anders als in Deutschland hat der Staatpräsident in Polen eine gewichtige politische Stellung, so dass man in gewisser Weise von einer „doppelköpfigen Exekutive“ sprechen kann. Die direkte Wahl durch das Volk für fünf Jahre gibt ihm eine starke demokratische Legitimation. Als „Vertreter des Staates in äußeren Beziehungen“ (Art. 133 Verfassung) soll er mit dem Premierminister

und Außenminister zusammenarbeiten. Kommen diese aber von einer anderen Partei und vertreten andere außenpolitische Positionen als der Präsident, kommt es zu einer schwierigen Kohabitation wie in den vergangenen zwei Jahren, in denen über Kompetenzen, die Vertretung auf internationalen Staatenkonferenzen und völkerrechtliche Verträge wie den Lissabon-Vertrag der EU gestritten wurde.¹ Zudem ist der Präsident „der oberste Vorgesetzte der Streitkräfte“ (Art. 134 Verfassung), der durch einen von ihm berufenen Rat für Nationale Sicherheit beraten wird. In bestimmten Fällen kann er eine Verkürzung der Amtszeit des Parlaments und Neuwahlen anordnen. Von besonderer Bedeutung ist auch das Recht des Präsidenten eigene Gesetzesvorschläge einzubringen und nach Art. 122 der Verfassung, Gesetze vor der Unterzeichnung durch den Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen oder mit einem begründeten Antrag an das Parlament zur erneuten Beratung zurückzuverweisen. Einen solchen Einspruch kann das Parlament nur mit einer Mehrheit von 60 % in Anwesenheit von mindestens 50 % der Abgeordneten überstimmen. Damit hat der Staatspräsident erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die operative Politik und kann der Regierung die Führung der politischen Geschäfte erheblich erschweren.

¹ Vgl. Artur Kopka, Claudia Schäfer: Kohabitation nowy, in: Polen-Analysen, Nr. 61 vom 17.11.2009 (www.laender-analysen.de/polen), 2-7.

In der Gesellschaft wurden die Konflikte zwischen den beiden Machtzentren im letzten Jahr sehr kritisch aufgenommen, wobei der Streit laut Umfragen klar zu Lasten von Präsident **Lech Kaczyński** ging. 60 % der befragten Bürger waren Anfang 2009 der Auffassung, dass der Präsident zu oft von seinem Vetorecht Gebrauch mache; nur 25 Prozent hielten dies für angemessen. Vor einem Jahr, im Juni 2009 bewerteten nur noch 22 % der Befragten die Politik des Präsidenten als „gut“, dagegen 68 % als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Dabei standen selbst 45 % der Wähler Kaczyńskis seiner Art der Amtsausübung mittlerweile kritisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund wurden dem amtierenden Präsidenten im Frühjahr kaum Chancen auf eine Wiederwahl eingeräumt. Aufgrund der kritischen Wahrnehmung des Cohabitation-Konflikts sahen zudem 68 % der Bevölkerung eine Verfassungsänderung als notwendig an. Dabei haben sich 65 % für eine Stärkung der Regierung ausgesprochen, nur 30 % wollten dagegen die Position des Präsidenten stärken. An dessen direkter Wahl will allerdings die große Mehrheit festhalten. Auch Ministerpräsident **Donald Tusk (53)** hält eine Diskussion über die Verfassung für notwendig. Seine Partei, die PO, will das politische Gewicht mehr zur Regierung verlagern. Von daher war der Ende Januar verkündete Rückzug Tusks von der Kandidatur zum Präsidentenamt systematisch konsequent. Allerdings gehen die Meinungen über eine Verfassungsreform zwischen den Parteien derart fundamental auseinander, dass es in der aktuellen Situation keine Mehrheit für eine grundlegende Verfassungsänderung geben wird.²

„Polen ist das wichtigste“

Der Tod von Staatspräsident **Lech Kaczyński** hat jetzt insofern zu einer Veränderung der politischen Lage geführt, als er den Nationalkonservativen, die bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Herbst 2007 nach zwei Jahren einer teils chaotischen

Herrschaft mit mehr als Zweidritteln abgewählt worden waren, einen gewissen atmosphärischen Auftrieb verschafft hat. Die Frage ist nur, ob eine größere Schar von Wählern **Jarosław Kaczyński**, der als Präsident in die Fußstapfen seines Zwillingsbrüders treten möchte, tatsächlich den Wandel vom politischen Wolf zum guten Hirten, dem es um die Überwindung der Gegensätze und das gemeinsame Wohl gehe, abkaufen wird. Zum Wahlkampfbeginn hatte er das Ende des polnisch-polnischen Krieges verkündet und sehr zurückhaltend agiert. „Polen ist das wichtigste“ lautet die Wahlparole des Verwaltungsjuristen. Damit spielt er eine alles andere als neue Klaviatur der nationalen Töne, die einerseits für Polen die Melodie von einem Platz an der Sonne auf den Inseln der Macht und des Wohlstands und andererseits die des Nationalen als einigendes Moment über dem innenpolitischen Streit anklingen lässt. Dazu passt sein Wahlkampfstab der von zwei moderaten PiS-Politikern geführt wird: die Journalistin **Joanna Kluzik-Rostkowska (46)**, die Leiterin des Stabes, war in den letzten Monaten der PiS-Regierung Arbeitsministerin; **Paweł Pomyjusz (41)** war Vizewirtschaftsminister und ist Sprecher des Kandidaten. Unterstützt wird Kaczyński u.a. von der Gewerkschaft *Solidarność*, von konservativen Kirchenkreisen, Intellektuellen und Journalisten insbesondere im öffentlichen Fernsehen TVP und in der Tageszeitung *Rzeczpospolita*. Die **Soziale Marktwirtschaft** nach deutschem Modell hat er in sein Wahlkampfprogramm aufgenommen. Allerdings musste er in dieser Woche hinsichtlich seines persönlichen Imagewandels einen Rückschlag hinnehmen. Kaczyński hatte fälschlicherweise behauptet, sein Konkurrent Komorowski trete für die Privatisierung des Gesundheitswesens ein, wogegen dieser klagte. Ein Warschauer Gericht verpflichtete Kaczyński daraufhin, seine Aussagen im polnischen Fernsehen und über die polnische Nachrichtenagentur PAP zu widerrufen. Außerdem müsse Komorowski sich nicht dafür entschuldigen, Kaczyński der Lüge bezichtigt zu haben.

Auch manche Anhänger Kaczyńskis agieren weiter teils aggressiv und chauvinistisch. So gingen beim außenpolitischen Berater des

² Vgl. ebd. zur gesellschaftlichen Wahrnehmung, S. 6 und Fryderyk Zoll: Die polnische Verfassungsdebatte. Eine nützliche Übung, in: Polen-Analysen, Nr. 67 vom 16.3.2010 (www.laender-analysen.de/polen), 2-4.

18. Juni 2010

www.kas.de

www.kas.de/polen

Premiers, **Władysław Bartoszewski**, der in einer Wahlkampfede einen Vergleich zwischen dem „Kleintierhalter“ Kaczyński und dem „Familienvater“ Komorowski anstellte, massenweise übelste Beschimpfungen ein, die von „echten Patrioten“ unterzeichnet waren. Bartoszewski, der seitdem unter Personenschutz steht, kommentierte dies mit dem Satz: „Ich habe Hitler und Stalin überlebt, dann werde ich auch die ‚echten Polen‘ überleben.“

Auch wenn man Jarosław Kaczyński nicht für diesen Mob verantwortlich machen kann, so ist doch zu erwarten, dass - sollte er wider Erwarten die Wahl gewinnen - der unproduktive Streit der „doppelköpfigen Exekutive“ fortgesetzt werden wird. Zu weit gehen die Charaktere und politischen Vorstellungen von Kaczyński (PiS) und Tusk (PO) auseinander. Aber auch außen- und europapolitisch dürfte es schwierig werden, eine gemeinsame Linie zu finden. Zwar hatte Kaczyński sich zum Jahrestag des Kriegsendes in einer versöhnlichen Internetbotschaft an Russland gewandt und auch gegenüber Deutschland etwa anlässlich eines Besuches in der Grenzstadt Słubice freundliche Worte gefunden. Die prinzipiellen Unterschiede in der Außen- und Europapolitik zwischen PiS und PO sind damit aber längst nicht überwunden, was sich zuletzt bei der harschen Kritik Kaczyńskis an einer eventuellen Beteiligung Polens am Hilfsprogramm für die Euro-Länder bemerkbar machte. In den Umfragen konnte Kaczyński im Laufe des Wahlkampfes, in dem er auch auf moderne Kommunikationsmittel wie Internet, Call-Center etc. setzt, leicht zulegen. Im ersten Wahlgang wird er zwischen 29 und 33 % gehandelt, im zweiten zwischen 34 und 37 %.

„Miteinander aufbauen“

Bronisław Komorowski, der am 27. März die innerparteiliche Kandidatenauswahl in der PO deutlich mit 68,5 % gegen Außenminister **Radisław Sikorski** gewonnen hatte, tritt unter dem Motto „miteinander aufbauen“ an. In den Umfragen hat er zwar im Laufe des Wahlkampfes, den er als Übergangspräsident in einer psychologisch schwierigen Lage bestreiten musste, leicht eingebüsst. Dennoch wird er im ersten

Wahlgang mit 41 bis 51 % und im zweiten Wahlgang mit 54 bis 63 % klar an der Spitze geführt.

Der Historiker Komorowski, der im Gegensatz zu Tusk, der Anfang der 1990er Jahre Führer des Liberaldemokratischen Kongresses (KLD) war, aus der Konservativen Volkspartei (SKL) stammt, wird von liberaleren Katholiken und Persönlichkeiten quer durch die Gesellschaft unterstützt, darunter Altpräsident und Solidarność-Heros **Lech Wałęsa**, Premier a.D. **Tadeusz Mazowiecki**, Außenminister a.D. **Władysław Bartoszewski**, dem Filmregisseur **Andrzej Wajda**, der Literatur-Nobelpreisträgerin **Wisława Szymborska**, dem Komponisten **Krzysztof Penderecki** etc. In dieser Woche gab auch der frühere Premier und Außenminister der Linksregierung, **Włodzimierz Cimoszewicz**, der selbst als Präsidentschaftskandidat gehandelt worden war, seine Unterstützung für Komorowski bekannt, da der Kandidat der Linken, **Grzegorz Napieralski** (36), der Vorsitzende der Bundes der Linken (SLD), ein bloßer Zählkandidat sei. Napieralski geben Umfragen 9 bis 12 % der Stimmen

Als einen Schritt in Richtung auf die linken Wähler hin kann man auch Komorowskis Entscheidung für die Besetzung des Amtes des Präsidenten der Nationalbank ansehen. Hierfür schlug er Prof. **Marek Belka** (58) vor, der 2004/05 Premier war. Dieser wurde am 11. Juni mit den Stimmen von PO und SLD vom Sejm gewählt. Gegen diese Besetzung stimmte die oppositionelle PiS, aber auch der Koalitionspartner der PO, die bäuerliche Polnische Volkspartei (PSL), deren Vorsitzender, Vizepremier und Wirtschaftsminister **Waldemar Pawlak** (50), selbst als Präsidentschaftskandidat antritt, jedoch ohne Aussicht auf Erfolg. Seine Umfragewerte liegen bei 2 bis 3 %.

Komorowski stellt sich als ein Mann aus dem Volk dar, der sich auf Familientradition und sein Familienleben mit Ehefrau und fünf Kindern, auf sein Engagement im Freiheitskampf der Solidarność, seine Internierung in dieser Zeit und seine politische Laufbahn in der III. Republik nach 1989 stützen kann. In der Funktion als amtierender Präsident trifft er souveräne Entscheidungen, die seine Unabhängigkeit betonen. Durch die Un-

terzeichnung des Reformgesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens³, die Ernennungen des neuen Vorsitzenden des Büros für Nationale Sicherheit sowie des Leiters der Präsidialkanzlei, die durch den Flugzeugabsturz in Smolensk notwendig geworden waren, wurde ihm von gegnerischer Seite zwar Willkür und Amtsmissbrauch unterstellt. Andererseits traf seine Personalauswahl aber auf eine breitere Zustimmung, da es sich um kompetente Fachleute und nicht um Parteigänger handelte. Um seinen Willen für eine breite politische Verständigung deutlich zu machen, berief er den Rat der Nationalen Sicherheit unter Beteiligung aller im Parlament vertretenen Parteien ein. Komorowski trat während des Wahlkampfes viel öffentlich auf. Als Parlamentspräsident und amtierender Staatspräsident besucht er während des Hochwassers die überschwemmten Gebiete und nahm offizielle Staatsbesuche wahr wie in Moskau am 9. Mai. Allerdings wirkte er dabei nicht immer souverän und erlaubte sich Versprecher und sachliche Fehler. So zählte er Norwegen zu den EU-Mitgliedsstaaten und sprach von einem Rückzug Polens aus der NATO, statt aus Afghanistan. Sein Wahlkampfstab wird von **Ślawomir Nowak** (35) geleitet, der Vorsitzender der Jungen Demokraten, der Jugendorganisation der PO, und Kabinettschef von Premier Tusk war. Jetzt ist der Tusk-Intimus stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Sejm. Ähnlich wie bei Kaczyński kommen die aggressiven Töne auch bei Komorowski mehr aus dem Umfeld als vom Kandidaten selbst.

Wahlgang in der Urlaubszeit

Die PO setzt auf einen Sieg im ersten Wahlgang, im Moment deuten die Umfragen jedoch auf einen zweiten Wahlgang am 4. Juli hin. Da dieser bereits in der Ferien- und Urlaubszeit stattfinden würde, ist eine geringe Wahlbeteiligung zu befürchten, die wahrscheinlich mehr zu Lasten von Komorowski ginge, da gerade viele junge und wohlhabendere Menschen in Urlaub fahren. Eine

Briefwahl wie in Deutschland ist nicht möglich. Personen, die sich nicht an ihrem Wohnort aufhalten und dennoch wählen möchten, können sich vorher in das Wählerverzeichnis eintragen lassen bzw. sich einen Wahlberechtigungsschein bei der Gemeindeverwaltung ausstellen lassen. Sie müssen dann persönlich in einem Wahllokal, im Ausland in einem Konsulat oder einer Botschaft, ihre Stimme abgeben. Die Reise zur Stimmabgabe und das Bemühen um eine Wahlbescheinigung werden Urlauber aber in den aller wenigsten Fällen auf sich nehmen. Hinzu kommt, dass viele Menschen über die Wahlmodalitäten nicht gut Bescheid wissen. So sind laut einer Umfrage des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten 22 % fälschlicherweise davon überzeugt, dass man seine Stimme über das Internet abgeben könne. Nur 37 % wissen, dass die Wahllokale nur bis 20 Uhr geöffnet sein werden.

Die Wähler können sich letztlich zwischen zwei katholischen wertkonservativen Kandidaten entscheiden: einem mehr weltoffenen und liberaleren und einem mehr nationalen und sozialeren. Den anderen Kandidaten (**Marek Jurek, Janusz Korwin-Mikke, Andrzej Lepper, Kornel Morawiecki, Andrzej Olechowski, Bogusław Ziętek**)⁴ werden keine Chancen eingeräumt. Sie können aber dafür sorgen, dass es zu einem zweiten Wahlgang kommen wird. Angesichts des doch eher inhaltsleeren, profillosen Wahlkampfes kritisieren manche bereits die Unterschiedslosigkeit der Hauptmatadore. Das trägt dazu bei, dass ein gutes Drittel der Wahlberechtigten gar nicht wählen will und weitere 8 % noch unentschlossen sind. Ein genauerer Blick auf die politische Vita und Persönlichkeit der beiden Hauptkandidaten zeigt aber deutliche politische Unterschiede sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik. In beiden Bereichen kann der neue Präsident kraft Amt Akzente setzen. Mit der Wahl von **Bronisław Komorowski** steht eine vermittelnde, die tiefen politischen Gegensätze überwindende Präsidentschaft zu erwarten, die auf ein harmonisches Zusam-

³ Vgl. Stephan Raabe, Johann Zajaczkowski: Der Streit um die Änderung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken in Polen, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, 8.6.2010.

⁴ Vgl. Stephan Raabe: Polen vor der Präsidentschaftswahl, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, 28.4.2010.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

18. Juni 2010

www.kas.de

www.kas.de/polen

menwirken der beiden Exekutiven angelegt sein wird. Europapolitisch wird er als christdemokratischer Politiker eine konstruktive Rolle im Gefüge der EU spielen wollen.

Für den heutigen Freitag sind die Abschlussveranstaltungen des Wahlkampfes geplant. **Jarosław Kaczyński**, der heute vor 61 Jahren in Warschau geboren wurde, wird zunächst nach Krakau an das Grab seines Bruders in der Kathedrale auf den Königsborg Wawel reisen. Damit schlägt er den Bogen zum Auslöser der vorgezogenen Präsidentschaftswahl und seiner Kandidatur: dem Flugzeugunglück von Smolensk. Danach wird er vor den Werftarbeitern in Danzig sprechen, dem Geburtsort der Solidarność. Die PO plant ihre Abschlussveranstaltung ganz in der Nähe: in Sopot (Zoppot), dem Heimatort von Donald Tusk in Nachbarschaft zu Danzig.